

# EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

21. Juni 2023

## Europäische Kommission fordert mehr Geld für den EU-Haushalt

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, hat am 20. Juni 2023 die Ergebnisse der sog. Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen EU-Haushalts 2021-2027 vorgestellt. Unter anderem wegen der hohen Kosten für die Unterstützung der Ukraine, den höheren Zinsen für die Finanzierung des Covid-Rettungsschirms Next Generation EU (NGEU) sei der sogenannte mehrjährige Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 bis zum Maximum ausgereizt.

Diese Löcher im EU-Haushalt sind nach Ansicht der EU-Kommission zu groß. Sie bittet die Mitgliedsländer, der EU zu den im Jahr 2020 bereits beschlossenen Ausgaben in Höhe von 1100 Mrd. € (mehrjähriger Finanzen) und 750 Mrd. € (Corona-Aufbauprogramm Next Generation EU) zusätzlich insgesamt knapp 66 Mrd. € für die kommenden Jahre zur Verfügung zu stellen. Das Geld soll etwa in die Bereiche Migration, Ukraine und Wettbewerb fließen, aber auch für höhere Zinsen und Mehrkosten aufgrund der Inflation aufgewendet werden. Weitere 33 Mrd. € sollen als Darlehen für die Ukraine gewährt werden. Ohne die zusätzlichen Mittel könne die EU die zusätzlichen Aufgaben nicht erfüllen, die die Mitgliedstaaten ihr übertragen hätten.

Konkret sind folgende Ausgabenblöcke geplant:

Mit 50 Mrd. € der größte Posten sind die **finanziellen Hilfen für die Ukraine**, von denen erstmals ein Drittel in Form von Zuschüssen fließen soll. Die jährlichen Beträge sollen nach Angaben der EU-Kommission jedes Jahr entsprechend der Bedürfnisse der Ukraine und der aktuellen Situation festgelegt werden. Umfasst sind Kredite, aber auch Zuschüsse für das kriegsgebeutelte Land. Damit soll zum einen die Wirtschaft stabilisiert werden, aber es sollen auch wichtige Reformen angestoßen werden, die für den geplanten EU-Beitritt der Ukraine wichtig sind.

15 Mrd. € will die Kommission, um die Mitgliedstaaten bei der **Sicherung der Außengrenzen** zu unterstützen, die Türkei oder Libanon bei der **Versorgung syrischer Flüchtlinge** oder für die EU-Aspiranten auf dem Westbalkan. Dabei sollen unter anderem zwei Mrd. € in Grenzkontrollen und die Umsetzung des neuen Migrationspakets fließen.

10 Mrd. € sollen in die neue Plattform Strategic Technologies for Europe (STEP) fließen, um die Wettbewerbsfähigkeit in **digitalen, grünen oder Biotech-Schlüsseltechnologien** zu stärken. Im September 2022 hatte Kommissionspräsidentin von der Leyen den neuen Geldtopf angekündigt. Seitdem war der neue Fonds Projektionsfläche für zahlreiche Hoffnungen auf eine stärkere Industriepolitik der EU - genauer: für mehr Subventionen. Um mit den USA und ihrem Inflation Reduction Act mithalten zu können, der zahlreiche Investitionen in die USA lenkt. Was gestern vorgestellt wurde, dürfte dafür aber bei weitem nicht reichen. Aufgrund geringer finanzieller Spielräume wird der STEP vielleicht erst später zu einem vollwertigen Souveränitätsfonds ausgebaut werden. Bis es soweit ist, sollen vor allem bestehende Mittel umgeschichtet werden, etwa aus dem Kohäsionsfonds, dem Forschungsprogramm Horizon Europe und dem „InvestEU“-Programm der Europäischen Investitionsbank.

1,9 Mrd. € will die Kommission, um **gestiegene Personalkosten** abzudecken.

Auf 19 Mrd. € schätzt die Behörde die gestiegenen Zinskosten für das anleihefinanzierte **Corona-Aufbauprogramm Next Generation EU**.

Die nun anstehenden Verhandlungen werden schwierig. Die Staats- und Regierungschefs werden beim EU-Gipfel am 29.-30. Juni 2023 erstmals die Vorschläge diskutieren. Im Europäischen Parlament stößt der Vorschlag bereits auf Zustimmung. Doch die Zeit drängt: Das Europaparlament will die nun vorgeschlagene Revision des MFR verknüpfen mit den Verhandlungen über das Budget für das Jahr 2024. Für die jährliche Haushaltsplanung setzt das EU-Recht aber klare Fristen: Bis zum 13. November muss eine Einigung her. Bei den Ukraine-Hilfen zeigen sich die meisten Staaten Gesprächsbereit und wollen der Ukraine weiterhin helfen. Die gestiegenen Zinskosten sollten nach dem Willen einiger Mitgliedsstaaten hingegen durch Umwidmung von Mitteln innerhalb des bestehenden Rahmens aufgefangen werden.

Auf wenig Gegenliebe im Rat stoßen bislang die Vorschläge der Kommission für neue Einnahmequellen für die EU. Die Verhandlungen über 2021 vorgeschlagene Eigenmittelpaket stecken fest, viele Regierungen sträuben sich dagegen, der EU größere finanzielle Unabhängigkeit zu gewähren. Dabei sollen die Eigenmittel vor allem dazu dienen, die für Next Generation EU aufgenommenen Schulden zurückzuzahlen. Eine Aufgabe, die die Mitgliedstaaten ansonsten durch Überweisungen aus den nationalen Haushalten leisten müssten. Die Kommission nimmt nun einen neuen Anlauf, mit einem etwas angepassten Paket. Der Vorschlag sieht etwa eine Art virtuelle Unternehmensbesteuerung vor: Die Finanzminister sollen 0,5 Prozent der statistisch erfassten Unternehmensgewinne abtreten.

[Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

[Fragen und Antworten zum Vorschlag](#)

Bei Rückfragen kontaktieren Sie gerne:

Dr. Merten Barnert  
Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern  
bei der Europäischen Union  
Boulevard St. Michel 80  
B-1040 Brüssel

**Telefon:** +32 2 741 6006  
**Fax:** +32 2 741 6009  
**E-Mail:** [merten.barnert@mv-office.eu](mailto:merten.barnert@mv-office.eu)  
**Internet:** [www.europa-mv.de](http://www.europa-mv.de)